

28. September 2016
1 von 1

Vorlage Nr. 101.18.301

Verschlüsselte E-Mail-Kommunikation mit der Stadtverwaltung ermöglichen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie und mit welchem finanziellen und personellen Aufwand eine Email-Verschlüsselung für die Kommunikation der Bürger mit den Ämtern und Einrichtungen der Stadt Kassel eingeführt werden kann.

Verschiedene Lösungsszenarien sollen mit Vor- und Nachteilen betrachtet werden.

Begründung:

Im Rahmen des Programms „Digitale Verwaltung Hessen 2020“ [1] ist die Ermöglichung der verschlüsselten Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern vorgesehen. Mit PGP /GPG steht eine für den Bürger kostenfreie und einfach zu installierende Möglichkeit der verschlüsselten Kommunikation zur Verfügung und wird zb im Main-Kinzig-Kreises[2] in Hessen bereits genutzt.

https://egovernment.hessen.de/sites/digitales.hessen.de/files/content-downloads/Digitale_Verwaltung_Hessen_Teil_2_final_0.pdf

<http://www.mkk.de/cms/de/online-service/verschluesselung/verschluesselung.html>

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Volker Berkhout

gez. Dr. Bernd Hoppe
Fraktionsvorsitzender